

Syriens Präsident bei Merz: Treffen im Kanzleramt: 80 Prozent der Syrer sollen zurück. Mehr als 900.000 Syrer leben in Deutschland. Jetzt gibt es eine Zielmarke, wie viele davon nach Ende des Bürgerkriegs zurückkehren sollen. Sie ist Ergebnis eines denkwürdigen Treffens im Kanzleramt. Quelle: Tagesspiegel; Datum: 30.03.2026

Merz über Erniedrigung von Frauen: »Ein beachtlicher Teil dieser Gewalt aus den Gruppen der Zuwanderer«. Viele diskutieren dieser Tage über Gewalt gegen Frauen – und Friedrich Merz gehört dazu, so hat es der Kanzler bei der Regierungsbefragung im Bundestag gesagt. Er sieht die Ursache vor allem in einem bestimmten Teil der Bevölkerung. Quelle: Spiegel; Datum: 25.03.2026

SPD warnt vor Massenflucht aus dem Iran: Die SPD im Bundestag hat angesichts der Eskalation im Nahen Osten vor einer neuen Flüchtlingswelle nach Deutschland und Europa gewarnt. "Jeder Nahost-Krieg in der Geschichte hat große Fluchtbewegungen mit sich gebracht, Irak, Syrien, Libyen", sagte der außenpolitischer Sprecher der SPD, Adis Ahmetovic, dem "Stern". "Wir versuchen gerade, Migration nach Europa neu zu ordnen. Das wird jetzt schwerer." Quelle: Stern; Datum: 02.03.2026

Flüchtlinge im Tschad: Im Sog des Sudan-Krieges. Fast eine Million Menschen sind vor Bürgerkrieg und Genozid in den Tschad geflohen. Das fragile Land in der Sahelzone ächzt unter der Belastung. Auch Deutschland hat ein Interesse daran, den Tschad zu unterstützen. Quelle: Tagesschau; Datum: 18.11.2024

Weltflüchtlingstag: Die größte Migrationskrise der Welt. Seit mehr als zwei Jahren tobt im Sudan ein Bürgerkrieg. 14 Millionen Menschen mussten innerhalb des Landes fliehen. Wer es in eines der Nachbarländer schafft, muss auch dort Vertreibung fürchten. Quelle: Tagesschau; Datum: 20.06.2025

Migration: Pakistan will 211 Afghanen mit deutscher Aufnahmezusage abschieben. Mehr als 2.000 Afghanen warten in Pakistan auf ihre Ausreise nach Deutschland. Rund 450 von ihnen wurden nun von pakistanischen Behörden verhaftet und teils abgeschoben. Quelle: Die Zeit; Datum: 18.08.2025

50 tote Migrant: Massengräber in Libyen entdeckt. Im Süden Libyens sind zwei Massengräber entdeckt worden. Bei den etwa 50 Toten handelt es sich um Geflüchtete. Libyen ist ein Transitland für Menschen, die nach Europa fliehen. Quelle: Tagesschau; Datum: 10.02.2025

Umgang mit Migranten im Maghreb: Willkürlich in die Wüste abgeschoben. Seit dem Abkommen mit der EU hat sich die Lage von Migranten in Tunesien massiv verschlechtert. Das hat auch Auswirkungen auf das Nachbarland Algerien. Hilfsorganisation berichten von massenhaften Abschiebungen in die Wüste. Quelle: Tagesschau, Datum: 12.06.2025

Kürzungen bei der humanitären Hilfe: Die reichsten Staaten der Welt verschärfen die sudanesischen Flüchtlingskrise. Millionen fliehen vor dem grausamen Krieg im Sudan. Die Nachbarstaaten sind überfordert, auch weil viele Länder Hilfsgelder kürzen. In Berlin fühlt man sich schon an die Fehler erinnert, die zur Migrationskrise 2015 führten. Quelle: Spiegel; Datum: 09.12.2025

Interviews mit Frauen: Rohingya in Camps in Bangladesch Opfer sexualisierter Gewalt. Viele aus Myanmar geflüchtete Frauen und Jugendliche der muslimischen Minderheit der Rohingya haben laut einer aktuellen Studie in Flüchtlingslagern in Bangladesch unter sexualisierter Gewalt zu leiden. Quelle: ORF; Datum: 01.09.2025

Migration: EU will Asylbewerber leichter in Drittstaaten abschieben. Kommt der europäische Versuch des „Ruanda-Modells“? Die EU schafft die Grundlage für leichtere Abschiebungen in Drittstaaten, zu denen Betroffene keine Verbindung haben. Quelle: Handelsblatt; Datum: 18.12.2025

Europe in Motion: Weiterhin viele Todesfälle auf See - trotz weniger irregulärer Migranten in der EU. Die Zahl der irregulären Einreisen in die EU ist in den ersten neun Monaten des Jahres 2025 auf 133.400 gesunken. Menschen aus Bangladesch, Ägypten und Afghanistan sind die am häufigsten gemeldeten Nationalitäten. Quelle: Euronews; Datum: 27.10.2025

Migration in Nordafrika: Von EU-Partnern in der Wüste ausgesetzt. Die EU lässt zu, dass Tunesien, Marokko und Mauretanien Migranten in abgelegenen Wüstengebieten aussetzen. Geld und Ausrüstung stellen die Mitgliedsstaaten auch. Quelle: FAZ; Datum: 21.05.2024

Großflächige Überschwemmungen : Tote nach Unwettern im Gazastreifen. Eingestürzte Gebäude, tausende Zelte beschädigt oder zerstört: Im Gazastreifen leiden tausende Menschen unter den Folgen starker Unwetter. Auch Kinder sollen gestorben sein. Quelle: ZDF heute, Datum: 12.12.2025

Klimawandel: Wegen einer Dürre steht Somalia vor der Hungersnot. Dürre in Somalia: »Es gibt kein Leben mehr in dieser Gegend« In Somalia hat der Klimawandel ganze Landstriche unbewohnbar gemacht, der Hunger treibt Millionen in die Städte. Besuch in Baidoa, wo Hilfsorganisationen und ein Bürgermeister versuchen, den Massenansturm zu bewältigen. Quelle: Spiegel; Datum: 24.09.2022

Migration: Städtetag sieht Probleme bei Flüchtlingsversorgung. Die Zahl der neuen Asylbewerber geht in Deutschland zurück. Die Kommunen warnen jedoch weiter vor wachsenden Problemen bei Versorgung und Unterbringung der Menschen. An den Bund haben sie klare Erwartungen. Quelle: Tagesschau; Datum: 05.06.2025

Migration – Deutschland: Studie: Zwei Drittel der Flüchtlinge von 2015 haben Arbeit. Zehn Jahre nach dem "Flüchtlingssommer" 2015 hat die damalige Kanzlerin Merkel eine überwiegend positive Bilanz gezogen. Viele der damals nach Deutschland Geflüchteten haben einen Job gefunden. Quelle: Deutsche Welle; Datum: 25.08.2025

3.678 Menschen gingen: 1,6 Millionen Syrer sind zurück – nur wenige aus Deutschland. Seit dem Machtwechsel Ende 2024 sind laut UN bereits rund 1,6 Millionen geflüchtete Syrer in ihre Heimat zurückgekehrt – vor allem aus Nachbarstaaten. Welche Folgen das für die Region hat. Quelle: Focus Online; Datum: 02.05.2026

Fachkräftemangel: Bundesrat befürwortet Bleiberecht für arbeitende Geflüchtete. Der Bundesrat fordert von der Bundesregierung, ein neues Bleiberecht für Geflüchtete in Ausbildung und Arbeit einzuführen – angestoßen durch eine Initiative aus Schleswig-Holstein. Quelle: Die ZEIT /DPA; Datum: 06.03.2026

Koalitionsvereinbarung Ukraine-Flüchtlinge bekommen kein Bürgergeld mehr – „Gefällt mir nicht“, sagt Bas. SPD-Arbeitsministerin Bas kritisiert den im Koalitionsvertrag vereinbarten Wechsel zu Asylbewerberleistungen für neu ankommende ukrainische Flüchtlinge. Sie will die Vereinbarung mit der Union jedoch einhalten. Quelle: Die Welt; Datum: 14.11.2025